

# Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlich, Bernsdorf, Kösdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Reudorf, Ortmannsdorf, Müllen St. Nicola, St. Jakob, St. Nikola, Sängendorf, Thurm, Niedermüllen, Ruchsnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im königlichen Amtsgerichtsbezirk

54. Jahrgang.

Nr. 297.

Veranschlagung: Nr. 7.

Donnerstag den 22. Dezember

Telegrammadresse: 1904.  
Tageblatt.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtags) nachmittags für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 25 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mt. 50 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Zwidauerstraße 397, alle kaiserlichen Postanstalten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Inserate werden die fünfspaltige Grundzeile mit 10, für auswärtige Inserenten mit 15 Pfennigen berechnet. Im amtlichen Teil kostet die zweispaltige Zeile 30 Pfennige. — Inseraten-Annahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr.

## Welches Blatt abonniere ich?

So fragen sich Viele beim Quartalswechsel. Die Antwort ist nicht schwer. Man abonniert auf dasjenige Blatt, das sich starker Verbreitung und allgemeiner Sympathien erfreut, das reichhaltigen und gebieteren Lesestoff bietet und die Leser von allen Vorkommnissen innerhalb und außerhalb des Vaterlandes schnellstens und zuverlässig unterrichtet. Alle diese Vorzüge vereinigt in sich

### Das Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

das in den vierundfünfzig Jahren seines Bestandes sich in außerordentlichem Maße die Sympathien seines ausgedehnten Leserkreises zu erringen gewußt hat. Wie bisher wird das „Tageblatt“ auch in Zukunft seinem Versprechen getreu bleiben: „Vom Guten das Beste!“ „Vom Neuen das Neueste!“ Das „Tageblatt“

### ist auf der Höhe der Zeit!

Ein Blick in den Inhalt des Blattes wird davon sofort überzeugen. Der Pflege des örtlichen und sächsischen Teiles soll nach wie vor größte Sorgfalt zugewendet werden. Daneben werden auch die anderen Gebiete nicht vernachlässigt werden. Spannende Romane, Bunte aus aller Welt, Kunst und Wissenschaft usw. wird der Leser im „Tageblatt“ vertreten finden. Kurz, es

### bringt alles Interessante und Wissenswertes

in gedrängtem Rahmen und in reichster Abwechslung

### bei niedrigstem Bezugspreis,

der nur 45 Pfennige monatlich beträgt. Das Blatt kann durch die Expedition des „Tageblatt“ direkt oder durch alle Postanstalten bezogen werden.

### Inserate im Tageblatt haben größten Erfolg!

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

Der frühere Präsident der Republik Ecuador, Flores, wurde zum Gesandten in Berlin ernannt, um dem deutschen Kaiser das Schiedsrichtersamt in der Grenzstreitigkeit zwischen Ecuador und Kolumbien zu übertragen.

Die verwitwete Herzogin Alexandrine von Sachsen-Koburg-Gotha ist gestern abend gestorben. Sie war 84 Jahre alt und die Witwe des Herzogs Ernst II.

Reichskanzler Graf Bülow hatte an die Ortsgruppe des deutschen Flottenvereins in Eisleben, die ihm eine zustimmende Rundgebung zu seinen letzten Reichstagsreden übermittelte, folgende Antwort gesendet: „Es erfüllt mich mit aufrichtiger Genugtuung, daß meine Ausführungen über die nächsten Aufgaben und Ziele unserer Kolonialpolitik in der Reichstagsitzung vom 5. Dezember in einer zahlreich besuchten Versammlung nationalgesinnter Männer aus Eisleben und den beiden Mansfelder Kreisen Zustimmung gefunden haben. Ich erblicke darin

ein glückliches Zeichen dafür, wie sich in immer weiteren Kreisen des deutschen Volkes die Ueberzeugung Bahn bricht, daß eine kraftvolle Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Schutzgebiete zu den besonders wichtigen Aufgaben unserer nationalen Politik gehört.“

Der bekannte deutsche Votischer in Washington (Amerika) Frh. Speck von Steenburg, der nach Berlin abgereist ist, soll wie es heißt, nach einer der europäischen Hauptstädte veretzt werden. Wie es heißt, wird er Rumun v. Schwarzenstein, den bisherigen Gesandten in Peking, zum Nachfolger in Washington erhalten. — Die Meldung ist nicht recht glaubhaft.

Zwei Reichstagsersahwahlen wurden kürzlich vorgenommen. Bei der am 16. Dezember vollzogenen Reichstagsersahwahl im Wahlkreis Rawitsch-Gostyn (Provinz Posen) wurden 13 402 gültige Stimmen gezählt, davon für Probst. Styhel, Posen (Polen) 9618 und Dr. Wagner, Breslau (Reichsp.) 3781 Stimmen; ersterer ist mithin gewählt. Bei der am selben Tage vollzogenen Reichstagsersahwahl im Wahlkreis Magdeburg 3 wurden insgesamt 23 407 Stimmen abgegeben. Davon erhielt, nach amtlicher Feststellung, Lehrer Mertens, Berlin (freis. Sp.) 16 300 Stimmen und Stadtverordneter Voigt, Gommern (Soz.) 7106 Stimmen. Lehrer Mertens ist also gewählt.

Der Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen bei Neu- und Ersatzwahlen im Jahre 1904 ist ganz außerordentlich. Am schlechtesten abgeschnitten haben die Sozialdemokraten in den Kleinststaaten. Sie verloren in Sachsen-Koburg-Gotha 4, in Altenburg 1, in Meuß j. U. auch 1 Mandat und behaupteten 2 von 4 Mandaten hier nur mit ganz geringer Majorität bei Unterstützung durch den Freisinn; im ganzen beträgt der Verlust hier 6 Mandate. Bei den Ersahwahlen zum Reichstage sind sie stets unterlegen, so namentlich in den drei Wahlkreisen, die sie vertreten haben, im 4. Frankfurt a. D. (Vebus) im 15. Sachsen, (Rittweida) und im 20. Sachsen (Schopau-Marienberg), wo gewählt sind für die Sozialdemokraten Dr. Braun, Buchwald, Rosenow, die Abg. Wasser-mann (nl.), Dr. Prozig (lons.), Zimmermann (Antif.). Sie haben also im ganzen binnen Jahresfrist in den deutschen Parlamenten neun Mandate verloren, zwei ganz knapp mit fremder Hilfe behauptet und bei den übrigen Ersatzwahlen, wo sie beteiligt waren, einen Stimmenrückgang zu verzeichnen gehabt, so auch zuletzt bei den Ersatzwahlen in Schwerin-Wismar und Zerichow, wo sie auf den ersten Anhub zu siegen glaubten.

Zugunsten von Kriegsveteranen haben die Konservativen im Reichstage folgenden Gesetzentwurf als Antrag eingebracht: § 1. Personen des Unteroffiziers und Mannschafstandes des Heeres und der Marine, welche an dem Feldzuge von 1870/71 oder an den von deutschen Staaten vor 1870 geführten Kriegen ehrenvollen Anteil genommen haben, erhalten, wenn sie sich in unterstützungsbedürftiger Lage befinden, insbesondere, wenn sie für ihren Unterhalt auf ein Einkommen von weniger als 300 Mark angewiesen sind, und wenn ihre Erwerbsfähigkeit auf weniger als ein Drittel herabgesetzt ist oder wenn sie das 60. Lebensjahr vollendet haben, eine Beihilfe von jährlich 120 Mark, die monatlich im voraus zu zahlen ist. Elterliche Landesangehörigen, welche im französischen Heere den Feldzug von 1870/71 mitgemacht haben und in der Folge Deutsche geworden sind, darf die Beihilfe gleichfalls gewährt werden. § 2. Hinterläßt der Empfänger der Beihilfe eine Witwe oder eheliche Nachkommen, so gebührt den Hinterbliebenen die Beihilfe für das auf den Sterbemonat folgende Vierteljahr. § 3. Die Beihilfe unterliegt nicht der Pfändung. § 4. a. ungeschlossenen von dem Bezug der Beihilfe sind: a. Personen, welche aus Reichsmitteln Invalidenpensionen oder entsprechende sonstige Zuwendungen beziehen; b. Personen, welche nach ihrer Lebensführung der beabsichtigten Fürsorge als unwürdig angesehen sind; c. Personen, welche nicht Reichsangehörige sind. § 5. Die Bewilligung der Beihilfe erfolgt unter Ausschluss des Rechtsweges im Verwaltungswege. § 6. Die Zahlung der Beihilfe ist einzustellen, sobald eine der Voraussetzungen weggefallen ist, unter denen die Bewilligung stattgefunden hat. § 7. Die Mittel zur Gewährung der Beihilfen

werden alljährlich durch den Reichshaushaltsetat zur Verfügung gestellt und den Regierungen der einzelnen Bundesstaaten zur gesetzmäßigen Verwendung überwiesen. § 8. Das Gesetz tritt am 1. April 1905 in Kraft.

Für die bevorstehende Reichstagsersahwahl in Hof (Baiern) hat der nationalliberale Verein den Fabrikbesitzer Dr. Goller in München als Kandidaten aufgestellt. Dr. Goller kandidierte bekanntlich bei der vorjährigen Reichstagswahl in Hof für die freisinnige Volkspartei, zu deren Gunsten jetzt die Nationalliberalen verzichtet haben.

Ein Strafverfahren gegen den Reichstagsabgeordneten Dreesbach ist wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz eingeleitet worden, weil er als Leiter einer Versammlung in Mannheim am 26. August angeblich nach erfolgter Auflösung über eine Resolution abstimmen ließ.

Der nächste preussische Etat wird Mittel für die Einrichtung eines dritten ostpreussischen Regierungsbezirkes, mit Allenstein als Sitz der Regierung, fordern.

Eine Anstiedelungsvorlage für Ostpreußen und Hinterpommern wird dem Preussischen Landtage zur Bekämpfung der Polengefahr vorgelegt werden.

Zur Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet wird gemeldet, daß die am Sonntag und Montag einberufenen Bergarbeiterversammlungen, die sich mit der Frage der Lohnerhöhungen oder des Streiks befaßten sollten, ergebnislos blieben. In der Versammlung zu Essen entstand ein derartiger Lärm, daß die Versammlung von der Polizei aufgelöst wurde.

### Rußland.

Der Entwurf einer Bauernreform, den der ermordete Minister Plehwe ausgearbeitet hatte, der das „große Werk“ seines Lebens bilden sollte, ist vom neuen Minister des Inneren Fürsten Swiatopolk-Mirski bei Seite gelegt worden und wird schwerlich jemals ins Leben treten. In dieser Bauernreform versuchte Plehwe, die russischen Bauern soweit wieder in die Verhältnisse des zwanzigsten Jahrhunderts irgend erlaubten. An Stelle dieser Reform gedenkt Fürst Mirski eine andere zu setzen. In seinem Entwurf sind auch gewisse vollständige Forderungen berücksichtigt. Trotzdem herrscht in reformfreundlichen Kreisen eine gedrückte Stimmung die durch die Bestrafung der Wochenschrift „Prawa“ wegen eines allgemein als gemäßigten betrachteten Artikels besonders verschärft wird. Durch die gestern mitgeteilten, vom Zaren gebilligten Beschlüsse des Kronrates ist wohl auch das Schicksal der „Bauernreform“ besiegelt, soweit sie liberale Tendenzen verfolgt.

## Der russisch-japanische Krieg.

Wenig Hoffnung auf einen glücklichen Ausgang des Krieges haben die Russen nach Aeuferungen des preussischen Generals Medel, den die Japaner bekanntlich als ihren Lehrmeister in der Kriegskunst ansehen. Der General sagte, der Ausgang des Krieges sei bereits unwiderruflich entschieden, und man kann nicht glauben, daß die Russen, sei es zur See, sei es zu Lande, den Sieg werden davontragen können. Der Sieg gehört den Japanern, und weder Kuropatkin noch Roschdestwenski können daran etwas ändern. General Medel ist ferner der Meinung, die gegenwärtige Waffenruhe in der Mandchurei werde sich keinesfalls auf den ganzen Winter ausdehnen, denn die Russen haben das größte Interesse daran, noch vor dem Fall Port Arthur einen letzten Versuch zu machen, der Festung zu Hilfe zu kommen. Wenn Kuropatkin so lange zögert, ehe er zum Angriff schreitet, beweist dies nach der Ueberzeugung des Generals, daß er erkannt hat, daß das russische Heer den Japanern nicht gewachsen ist. Wenn der japanische General Oyama nicht zur Offensive greift, ist es dagegen kein Zeichen, daß er sich schwach fühle: er hat ganz recht, so lange wie nur möglich zu